

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 44. 32. Jahrg.

31. Oktbr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3579.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschlupf: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sikler, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Streik und Führung. — Rundschau. — Um den Weg zur Macht, II. — **Allgemeines:** Gautag des Gau VI. — Streikabschluß in der Berliner chromolithogr. Branche. — Sühnungsbildern aus der Firma H. Schött, A.-G., Rheydt. — Ortsbericht: Dresden. — **Photogr. Mitarbeiter:** Teuerungszulagen in der Photogr. Kunstindustrie. — Zum Berliner Innungstarif. — **Die Tapetenbranche:** Der Tarifabschluß im Formstechergewerbe. — Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Tarifabschluß für das Deutsche Formstechergewerbe.

An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir am 21. Oktober unser Rundschreiben Nr. 74, das einen Bericht über die Tarifverhandlungen vom 19. Oktober in Hannover enthält.

Ferner sandten wir den vereinbarten Tarifvertrag, der den deutschen Formstecherkollegen zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll, sowie einen Berichtsbogen für die Abstimmung der Kollegen über Annahme oder Ablehnung. Das Resultat der Versammlung ist uns auf dem gesandten Berichtsbogen sofort mitzuteilen.

Falls dieses Material irgendwo nicht angekommen ist, wolle man uns zwecks Nachlieferung sofort Mitteilung machen. *Der Verbandsvorstand.*

An die Delegierten zum Verbandstag in Magdeburg!

Durch die herrschende Wohnungsnot sind wir genötigt, ca. 25 Delegierte in Privat-Wohnungen unterzubringen. Sollten diesbezügliche besondere Wünsche vorliegen, so bitten wir um Mitteilung an unseren Vorsitzenden G. Lohstämper, Große Münzstr. 3, I, damit dieselben nach Möglichkeit berücksichtigt werden können. Gleichzeitig laden wir die Kollegen freundlichst ein zur Begrüßungsfeier, die am 16. November, abends 6 Uhr im »Admiralspalast« stattfindet. Das Meldebureau wird in der nächsten Nummer bekanntgegeben. *Ortsverwaltung Magdeburg.*

Streik und Führung.

Nicht derjenige ist ein Held, der mit einer Keule blindwütig um sich schlägt. Ein guter Fechter wird solchen wilden Draufgänger mit wenigen gutgezielten Hieben spielend erledigen. Dem Gegner also, der getroffen werden soll, geschieht von solchen ungeschulten Kämpen im allgemeinen nichts. Wohl aber trifft eine derartig ungeübt geführte Keule häufig wertvolle Gegenstände, die gar nicht getroffen werden sollten.

Die Revolution hat solche unberechenbaren Keulenschwinger zum Schaden unserer Volkswirtschaft in die vorderste Front gebracht. Unausgesetzt fuchtelten sie mit der Waffe Streik herum und merken in ihrer Finfalt gar nicht, daß die seit der Kriegszeit außerordentlich straff organisierte Unternehmerschaft nur auf den Zeitpunkt wartet, wo die Kämpfer müde werden. Dann werden sie aus ihren Schlupfwinkeln, in denen sie sich nach der Revolution verkrochen hatten, hervorkommen und die müde und mutlos Gewordenen überwäligen.

Der Streik ist noch heute unsere vornehmste Waffe. Es gibt keinen geschulten Gewerkschaftler, der diesen Satz bestreiten wollte. Aber gerade weil der Streik unsere vornehmste Waffe ist, darum müssen wir peinlichst bedacht sein, daß kein Ungeschickter uns diese Waffe schartig werden läßt.

Darum war der Streik nicht nur unser vornehmstes, sondern auch unser letztes Mittel. Erst wenn alle anderen Versuche, zur Durch-

setzung der gewerkschaftlichen Forderung zu kommen, mißlingen, erst wenn jede Aussicht geschwunden war, zu einer Verständigung mit dem Gegner zu kommen, traten wir in den Streik ein. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bemühte sich peinlichst, sich die Sympathie der öffentlichen Meinung zu erhalten. Wir waren darum zu jeder Stunde zu Verhandlungen bereit. Dem Gegner überließen wir den Abbruch der Verhandlungen, er hatte damit durch seine Provokation die ganze Schwere der öffentlichen Verurteilung zu tragen. Durch diese in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Erfahrung erprobte und vervollkommnete Taktik errangen wir immer wertvollere moralische Erfolge.

Darum überlegten wir uns aber auch hundertmal, ehe wir losschlugen, wann wir unseren Kampf zu führen hatten. Denn wir kämpften, um den Kampf zu gewinnen. Das konnten wir aber nur, wenn alle wirtschaftlichen Vorbedingungen dazu auf unserer Seite waren. So warteten wir in zäher Geduld, auch wenn es uns recht sauer wurde, für unseren Kampf die günstigste Konjunktur ab. Wenn in der Firma die Arbeit sich häufte, wenn möglichst keine Arbeitslosen vorhanden waren, dann hielten wir den Zeitpunkt für gekommen.

Wie werden demgegenüber heute gewerkschaftliche Kämpfe geführt?

Nie haben wir eine grauenhaftere Arbeitslosigkeit gehabt, nie hatten die Unternehmer weniger Aufträge, nie war deren Sehnsucht größer, überflüssige Arbeitskräfte los zu werden als heute. Und trotzdem, nie wurde so viel gestreikt als heute.

Den Unternehmern kann diese Streikmanie und diese blindwütige Streiktaktik letzten Endes nur Vorteil bringen. Wenn's nicht gar so traurig wäre, könnte der erfahrene Gewerkschaftler hell auflachen über die Art, wie mancher Streik heute gemacht würde. Da wurden Streikparolen ausgegeben, die unter dem Einfluß und dem Druck politischer Betriebsräte von vielen Tausenden befolgt wurden. Niemand wußte wofür und warum. So mußten in den ersten Streikversammlungen zunächst die Ziele des Kampfes und die Forderungen der Streikenden festgelegt werden. Also nicht, wie es uns jahrzehntelange Erfahrungen in wirtschaftlichen Kämpfen gelehrt haben, wurden zunächst bestimmte dringende Wünsche und Beschwerden der Arbeiter und Angestellten als Forderungen erhoben, nein, jetzt wurde erst in den Streik eingetreten und dann folgte die Beratung darüber, ob überhaupt und welche Forderungen erhoben werden sollen.

Um die radikale Planlosigkeit und die dilettantenhafte Strategie moderner Gewerkschaftskämpen in noch bessere Beleuchtung zu rücken, wollen wir ein praktisches Beispiel aus der Vergangenheit anführen. Im Jahre 1907 wütete im Baugewerbe Berlins ein Streik, der 12 Wochen dauerte und trotz der leidenschaftlichsten Aufopferung der Arbeiter dieses Gewerbes glett verloren ging. Der Streik kam gegen den Willen der Führer zustande, die zur Genüge vorher gewarnt hatten, weil sie die inzwischen heranrückende wirtschaftliche Krise vorausgesehen hatten. In einer Sitzung der Vertrauensmänner versuchten sie mit der

ganzen ihnen zur Verfügung stehenden Beriesamkeit und mit der ganzen Wucht der Gründe, die sie in langjähriger Praxis gewonnen hatten, gegen den Streikbeschuß anzukämpfen. Es war vergebens. Die Vertrauensmänner stimmten sie mit überwältigender Majorität nieder.

Wie wenig in solchen von Kampfgeist bis zur Gluthitze erfüllten Versammlungen ernste, kühle Überlegung und gereifte Erfahrungen den Ausschlag geben, zeigt die Bauarbeitervertrauensmännersitzung vom 20. April 1907. Weil sie den leidenschaftlichen Kampfwillen ihrer Kollegen kannten, aber auch die sichere Niederlage eines Streiks voraussahen, deshalb hatten sie sich für jene Sitzung den alten Genossen Bebel zu Hilfe gerufen.

Und Bebel kam, aber seine wuchtigen Gründe wurden genau so in den Wind geschlagen, als die der Vorstandssprecher, nach dem alten Sprichwort: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Auch heute ist ein großer Teil der Arbeiterschaft mit Blindheit geschlagen, nur daß sich heute vielfach Führer finden, die diese Blindheit als höhere Weisheit bewerten, weil sie sich in dem Beifall der Blinden wohlfühlen.

Wer möchte glauben, daß radikale Führer von heute den Mut hätten, zu den Mitgliedern Worte zu sprechen, wie sie Bebel 1907 zu den Berliner Bauarbeitern sprach:

»Das wären keine Führer, wenn sie nicht die Pflicht und Schuldigkeit empfänden, bevor sie in einen so schweren Kampf eintreten, noch einmal genau zu erwägen, ob die Situation dazu einigermaßen angetan ist, diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können; ich betone ausdrücklich »einigermaßen«; denn bei keinem Kampfe, den die Gewerkschaften aufnehmen, wenn er unter verhältnismäßig günstigen Umständen aufgenommen wird, kann man sagen: Der Sieg ist gewiß. Es hängt von den verschiedenen Umständen ab, die man nicht immer von vornherein übersehen kann.

— — — Die Führer sollen nicht etwa sklavisch den Wünschen der Masse folgen, sie sollen nicht allein die speziellen Zustände in dem betreffenden Gewerbe, sondern auch die allgemeinen Verhältnisse studieren und prüfen und danach entscheiden, ob gewisse Schritte getan werden können. Wenn ich bestimmte Forderungen stelle oder gar einen Kampf aufnehme, dann habe ich vorher das Terrain gründlich zu prüfen; ich muß wissen, wie die Umstände beschaffen sind, unter denen ich den Kampf aufnehmen kann. Das wäre ein schlechter, ja geradezu ein gewissenloser General, der seiner Armee empfiehlt, den Kampf aufzunehmen, wenn er mittlerweile die Überzeugung gewonnen hat, daß sich die Situation so verändert hat, daß dieser Kampf nicht durchführbar ist.

Und noch einmal sprach er in seiner Rede von Eigenschaften, die er von dem Führer verlangen müsse, Eigenschaften, die wir bei manchem radikalen Führer leider so schmerzlich vermissen:

»Der Führer, der nicht den Mut hat, auch einmal gegen den Willen der Masse seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen

Augen ein elender Kerl, der nicht verdient, ein Führer zu sein. Ich verlange, daß die an die führende Stelle Gestellten weitersehen, als die meisten sehen können, die von früh bis spät zu arbeiten haben, in der Sorge um das tägliche Brod, der ja die Führer entthoben sind. — — —

Vergegenwärtigen wir uns noch weiter die zahlreichen Bestrebungen, die Gewerkschaften in den politischen Kampf zu ziehen, ihnen politische Aufgaben zuzuweisen, dann staunen wir über die rein wirtschaftlichen Aufgaben und über die geradezu bescheidenen Ziele, die Bebel den Gewerkschaften steckt:

»Die Gewerkschaft hat zweierlei Aufgaben: erstens die Lebenshaltung der zu ihr gehörigen Berufsgenossen nach Möglichkeit zu verbessern durch Abkürzung der Arbeitszeit, durch Erhöhung der Löhne, durch Gewährleistung besserer Behandlung im Arbeitsverhältnis; die andere Aufgabe, die unter Umständen sogar über die erste noch an Wichtigkeit hinausstritt, ist die, eine Verschlechterung ihrer Lebenslage, eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit, eine ungünstigere Gestaltung der gesamten Arbeitsverhältnisse zu verhindern. — — —

Der vorsichtig kühl abwägende Ernst, mit dem hier Bebel einer Berufsgruppe die Wege weist, die enge Begrenztheit der Aufgaben, die der vergötterte Führer der deutschen Sozialdemokratie damals, ohne in der Partei Widerspruch zu finden, aussprechen durfte, steht im schneidenden Gegensatz zu den hohlen Kampftiraden, die heute leider in der Arbeiterschaft Kurs haben. Dafür führte die Taktik Bebels die Arbeiterschaft aufwärts und zu bleibenden Erfolgen, im Gegensatz zur Taktik der Vertreter der radikalen Tonart, die, wie die letzte Braunschweiger Wahl zeigte, die Arbeiterschaft in absehbarer Zeit zur Einflußlosigkeit verurteilt. A. D.

Rundschau.

Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie. Nach den Feststellungen des Metallarbeiterverbandes beträgt die Zahl der Streikenden bis zum 26. September 27 000, die der Ausgesperrten 68 000, sodaß insgesamt mit rund 100 000 beteiligten Arbeitern gerechnet werden kann. Unglück noch ist der Höhepunkt nicht erreicht.

Gefahren für Siedler. Das Siedlungswesen erfreut sich allgemeiner Aufmerksamkeit. Der Andrang zu Siedlerstellen ermutigt gewissenlose Unternehmer, sich hier durch Massenbetrug eine Goldgrube zu schaffen. Jede Spekulation muß eine gesunde Siedlung töten und deshalb sind Warnungen angebracht. Gewarnt werden muß vor den pilzartig aufsteigenden Siedlungsunternehmungen, die sich Einzahlungen leisten lassen und Vormerkmale entgegennehmen, ohne daß die Durchführung der Siedlung gesichert ist. Alle nennen sich gemeinnützig und versprechen in prahlerischer Weise billige Eigenheime mit Gärten, während ihre wirtschaftlichen Grundlagen so schwach sind, daß das eingezahlte Geld der Siedler von vornherein verloren ist. Für das minderwertigste Gelände ergattern die Gründer hohe Gewinne. Die Bewerber warten dann jahrelang auf die Besiedlung und sehen den Kaufpreis immer höher anwachsen, ohne daß sie ihrem Ziele näher kommen. Allen Siedlungslustigen ist deshalb dringend ans Herz zu legen, sich nicht an einem Unternehmen zu beteiligen, dessen Sicherheit nicht über allem Zweifel steht. Pflicht ist es, vor einer zu leistenden Anzahlung genaue Erkundigung einzuziehen. Besonders sei Vorsicht bei Beteiligung an Genossenschaften empfohlen, denn die Siedler sind sich selten über ihre Haftpflicht klar. Hervorgehoben wird, daß diese Warnung sich nur auf Schwindelunternehmungen bezieht und die freien Gewerkschaften letzten Endes für etwaige Reinfälle keinen Rechtsschutz gewähren können.

Gegen den Schleidhandel. Zur Bekämpfung des wilden Schleidhandels hat die deutsche Regierung von der Nordsee bis zum Bodensee längs dem besetzten Gebiet die sogenannte Rheinkontrolle eingeführt. Eine Unterbindung des realen Handels ist nicht beabsichtigt. Unsere Aufkäufer im Ausland können ihre Aufkäufe nicht mehr durchführen, weil die Schieber die Warenpreise zu gewaltig in die Höhe treiben. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, daß das Ausland auch keine unerschöpflichen Vorräte an Lebensmitteln besitzt, sondern daß nur ein ganz bestimmtes Maß greifbar ist. Das Landespolizeiaut und das Staatskommissariat für Völkernerhaltung haben nun zur Bekämpfung des Schleidhandels in Frankfurt a. M. dem Hauptplatz für Auslandswaren, ein Wucherdezernat errichtet, das in engster Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidenten und dem Vertreter der Reichseinfuhrstelle

die unerlaubt hereingebrachten Waren beschlagnahmen und der öffentlichen Bewirtschaftung übergeben wird. Abzuwarten bleibt, ob nicht nach der Verstopfung des riesigen »Loches« der Schleidhandels andere Kanäle über Baden usw. benutzen wird. Allerdings ist in Baden bereits die Grenze derart abgesperrt, daß nennenswerte Mengen von Waren aus dem Auslande nicht hereinkommen.

Irrrende Menschen. Die Geschichte wird es einmal als eine Verirrung des menschlichen Geistes bezeichnen, daß der Berliner Ortsverein der Holzarbeiter es fertig gebracht hat, einem Ausschlußantrag gegen den Leiter der Zentrale der freien Gewerkschaften Deutschlands, den Genossen Legien, zuzustimmen. Der Verbandstag der Tapezierer hat sein Mitglied Otto Wels, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aus dem Verbands ausgeschlossen. Das sind Vorgänge, dessen sich die deutsche Arbeiterschaft schämen muß. Es ist auffallend, daß sich die ganze Wut und der ganze Haß gewisser Leute gegen alle wendet, die Vernunft predigen, und gegen alles, was nach Vernunft aussieht. Glücklichweise scheint es, daß in den meisten gewerkschaftlichen Organisationen bereits eine Gesundung eingetreten ist, die einer ruhigeren Auffassung der Dinge Platz machen. Der ladende Dritte bei dem Bruderstreit wäre das Unternehmertum, das ganz gewiß keinen Schaden erleidet, wenn die Arbeiterschaft und deren Organisationen auch auf gewerkschaftlichem Gebiete gespalten würden.

Um den Weg zur Macht.

Von Hans Ronniger

II.

Sieht die alte Partei in der bürgerlichen Demokratie den Weg zur Macht, so verfechten die beiden neuen Parteien als Mittel zum Zweck das Räte-system und die zeitige Diktatur des Proletariats. Ganz besonders das Räte-system tritt in den Vordergrund. Während die Arbeiterräte die ganze politische Macht in die Hände nehmen sollen, sollen die Betriebsräte ausschließlich wirtschaftliche Funktionen erfüllen, um zu gegebener Zeit den ganzen Wirtschaftsapparat fester in den Händen halten zu können. Zugleich soll dadurch neben die Reife des Kapitalismus die ideologische Reife des Proletariats gesetzt werden. Während die alte Partei auf dem Wege der Demokratie, im gegebenen Falle auch mit bürgerlicher Hilfe, das Ziel des Sozialismus erreichen will, vertreten die beiden neuen Parteien den zielbewußten, klaren Klassenkampf, ausgehend von der Erkenntnis, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Sie verwerfen deshalb alle Kompromisse und sehen im Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien einen Verrat an arbeitenden Volke. Sie propagieren als weitere Mittel im proletarischen Klassenkampf das Räte-system und sehen zur Durchföhrung der sozialen Revolution die zeitige Diktatur des Proletariats vor.

So verletzend diese Auseinandersetzungen auch oft im praktischen Tageskampf wirken mögen, so liegt ihnen doch unmittelbar der Wille zugrunde, einen Weg zu finden, das Proletariat möglichst schnell aus dem Elend der kapitalistischen Produktion hinauszuföhren. Die Unterschiedlichkeit der Auffassung über die zukünftige Entwicklung bedingt natürlich auch unterschiedliche Wege, die beiderseits in Tat umgesetzt, Reibungen hervorufen, deren Ende in der Gewalt liegt. Wenn schließlich auch Gewalt die Geburtshelferin aller Entwicklung ist, so erzeugt doch immer Druck Gegendruck und bringt Erbitterung mit sich, die ein Zusammenkommen immer aussichtsloser macht. Und dies, trotzdem die historische Entwicklungslinie immer weiter nach links geht.

Daß solche tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten in den politischen Organisationen des Proletariats über die einzuschlagenden Wege nicht auf diese beschränkt bleiben, sondern auch auf alle anderen Vereinigungen proletarischer Art überspringen, ergibt sich aus dem innigen Zusammenhang, in denen alle miteinander stehen, weil sie alle ein einheitliches Ziel haben. So verschieden auch ihre besonderen Ziele und Zwecke sein mögen, so verschieden die Aufgaben auch sind, deren Verwirklichung man zustrebt, in dem einen geht man mit allen anderen Vereinigungen konform, die Beseitigung der bürgerlichen Wirtschaft und Gesellschaft. Kein Wunder deshalb, daß auch die Gewerkschaften sich mit diesen Fragen befassen müssen. Auch hier tobt der Kampf um den Weg zur Macht und genau so, wie der Gewerkschaftskongress und die Verbandstage der übrigen Verbände von dieser Frage beherrscht wurden, so wird auch unser Verbandstag unter dem Eindruck und Einfluß dieser Auseinandersetzung stehen. Die einzelnen werden auch bei uns mit aller Zähigkeit darum ringen, ihre Anschauungen zum Durchbruch zu bringen.

Gelegenheit dazu bietet der Verbandstag genügend. Schon der Antrag, das Räte-system als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, sowie die Schaffung eines Industrieverbandes auf der Grundlage des Betriebsrats-systems, werden diese Aussprache entfesseln. Sehr wahrscheinlich ist sogar, daß schon beim Geschäftsbericht, insbesondere bei Besprechung der Tätigkeit der Generalkommission,

die Geister heftig aufeinander prasseln und die gegensätzlichen Anschauungen klar in die Erscheinung treten. Aber auch noch andere Anträge weisen darauf hin. Die Forderung, den Kampfcharakter des Verbandes mehr in den Vordergrund zu schieben und die Kritik am Verbandsorgan, die ebenfalls eine stärkere Klassenkampfstellung fordert, sind sichere Zeichen dafür, daß der Verbandstag unter dem Zeichen des Kampfes um den Weg zur Macht stehen wird. Wenn in den Anträgen zum Verbandstage zu einem nicht unerheblichen Teile der Ausbau der Unterstützungen, zum Teil sogar auf Kosten der vorgesehenen Kampfmittel, gefordert wird, so zeigt das, wie weit auch in unsern Kreisen die Meinungen auseinandergehen und welch schwierige Aufgaben der Verbandstag zu lösen hat.

So schwierig auch die Aufgaben, die der Verbandstag lösen soll, sein mögen, so liegt doch alleseitig der Wunsch vor, sofern überhaupt eine Schlagfertigkeit des Verbandes das Ziel dieser Wünsche ist, daß die Beratungen zu einem guten Ende geführt werden. Das gilt ganz besonders von den Beratungen um den Weg zur Macht. Mögen auch die Meinungen noch so heftig aufeinanderplatzen, wenn sie getragen werden von dem Geiste, der Allgemeinheit zu dienen, in der Erkenntnis, daß jeder das Beste will und aus guter Überzeugung seine Ansicht vertritt, dann kann im Geiste wahrer Kollegialität Gutes geleistet werden. Der Antrag des Hauptvorstandes, den Betriebsräten mitbestimmenden Einfluß im Verbandsleben einzuräumen, kann als gute Brücke bezeichnet werden, den neuen Anschauungen auch im Gewerkschaftsleben Eingang und Einfluß zu verschaffen. Freilich, die Form und der Inhalt der Betriebsräte ist damit noch nicht gelöst. Diese Form zu finden und die Betriebsräte mit den nötigen weitgehenden Machtvollkommenheiten auszustatten, wird wesentlich davon abhängen, in welcher Stärke die revolutionäre Energie des Proletariats in die Waagschale geworfen werden kann. Die revolutionäre Energie des Proletariats aber ist wesentlich beeinflusst von seiner ideologischen Reife, beeinflusst von der Stärke seines Willens zum Sozialismus.

Und diesen Willen zum Sozialismus zu stärken ist auch eine Aufgabe des Verbandstages. Ist das Räte-system ein geeigneter Weg hierzu, so mag er, gleich den andern, fürbald besprochen werden. Jedoch nur als Weg, als Mittel. Endziel ist und bleibt der Sozialismus. Das wird nur leider zu oft in der Hitze des Gefechts vergessen. Bleibt als Endziel auch der Gewerkschaftarbeit der Sozialismus, dann werden auch die Debatten auf dem Verbandstag um den Weg zur Macht jene Klarheit bringen, die uns und damit der gesamten Arbeiterschaft zum Wohle gereicht.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gautag des Gaus VI.

Am 12. Oktober vereinigten sich die gewählten Vertreter der Mitgliedschaften Ost-, Mittel- und Südsachsens zu ihrem Gautage im Volkshaus zu Dresden. Unter Hinweis auf das große Erleben der letzten fünf Jahre und unter Würdigung der schlimmen Lage, in der sich die Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands befinden, begrüßt der Gauleiter Leinen die erschienenen Delegierten. Ein Stück Weltgeschichte von gewaltiger Tragweite habe in alles Vorhandene und werdende seine Spuren eingegraben und auch die Gewerkschaftsbewegung dabei tief berührt. Die Probleme gährten noch unübersichtlich, deshalb möchte der Bewegung eines beschieden bleiben, die Gemeinsamkeit im Handeln, wenn auch die Meinungsverschiedenheiten größer sind als je. Möchte die Arbeit des Gautages dem Gause zum Segen gereichen, dann sei es auch zum Vorteil des Gesamtverbandes.

Nachdem Schneider-Bautzen und Leinen zu Vorsitzenden und Lorenz zum Schriftführer gewählt waren, wurde die provisorische Tagesordnung wie folgt angenommen:

1. Geschäftsliches.
2. a) Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes.
- b) Kassenbericht.
3. Der Verbandstag, die Vorlagen u. Anträge.
4. Anträge zur Gautätigkeit.
5. Sonstige Gauangelegenheiten.

Der erste Punkt erledigte sich rasch und erstattete nunmehr der Gauleiter den Tätigkeitsbericht über 6 Jahre. Während einer Arbeitsperiode spüren die einzelnen Mitgliedschaften die Tätigkeit des Gauvorstandes meist nur insoweit, als sie selbst davon berührt sind, der Gesamtbericht wird aber zeigen, welches große Stück Arbeit trotz der Verkleinerung der Mitgliedschaften während des Krieges geleistet wurde. Der Wunsch des vorigen Gautages, wichtige und aktuelle Zeitfragen in ausführlichen Referaten zu behandeln, wurde, solange es mit dem Mitgliederstande in Einklang zu bringen war, erfüllt. In 41 Referaten wurde über Unternehmervverbände und Klassenkampf, Zweck und Nutzen der Tarifverträge, Völkerrechtsfragen, das Zivildienstgesetz, der Verband in der Kriegszeit, das Taylorsystem und über andere Themen ge-

sprochen und außerdem über Verbandstagen berichtet. — Die Einhaltung gewisser Bestimmungen des alten Reichsvertrags wurde durch Anschriften an die Unternehmer gefordert. — In vier Mitgliedenschaften müßten Streitigkeiten der Kollegen untereinander geschlichtet werden, damit die Mitgliedenschaften nicht selbst Schaden darunter zu leiden sollten. Die Förderung der verbandlichen Arbeitsvermittlung wurde durch Zirkulare an tätige Kollegen und durch eine Konferenz besonders in Frage kommender Mitgliedenschaften versucht. Die Mitglieder, welche sich durch den Kriegsausbruch und Verdienstschwierigkeiten in Verwirrung bringen ließen, wurden durch Flugschriften und persönliche Anschriften vor dem Abfall größtenteils bewahrt. Andere Flugschriften, die im ganzen Gau verbreitet wurden, wandten sich gegen verkehrte Anschauungen über Pflichten und Leistungen der Organisation zur Kriegszeit. Andere Aufklärungschriften wandten sich gegen Verletzungen der Beitragspflicht und gegen das Restantentum. An die Kollegen beim Heere wurden nach eifrigem Sammeln der Adressen in allen Mitgliedschaften, Mitteilungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Heimat gerichtet und andere Flugschriften gaben ihnen Ratschläge für die Rückkehr. Der Berichtstatter erinnert an alle die notwendigen Maßnahmen, die in vielen Vorlagen der Hauptvorstand mit den Gauvorständen beraten und schaffen mußte, um das Verbandsschiff durch die Kriegswellen zu steuern. — Unerfreuliche Kassenangelegenheiten zwangen zu besonderen und gründlichen Kassenkontrollen in vier Mitgliedenschaften. Das große Unternehmen, alle Mitgliedenschaften an bestimmten Tagen auf der Budgetverbeausstellung zu vereinigen, hat viel Vorarbeit gekostet und wurde kurz vor der Ausführung durch den Kriegsausbruch unmöglich gemacht. Differenzen und Arbeitsstreitigkeiten waren in einer Reihe von Fällen, die im einzelnen angeführt wurden, zu schlichten, was jedesmal zur Übereinstimmung mit den betroffenen Kollegen führte. Tarifbewegungen fielen drei in die Berichtsperiode, in allen Fällen wurden neue Ortaristafeln abgeschlossen und Lohnaufbesserungen durchgeführt. Die durch den Krieg verfallenen Mitgliedschaften wurden, soweit dazu die Voraussetzungen bis jetzt geschaffen sind, aufs neue gegründet. Insbesondere wurde alles durchführbare darangesetzt, die Porträphotographen zu organisieren, was mit Hilfe des neuen Geistes nun endlich in achtunggebender Weise erfolgen konnte; in Dresden, Bautzen und Chemnitz sind besondere Sektionen gegründet worden. Redner wandte sich nun den Lohnbewegungen zu, die er in ihrem Eigenarten während der Kriegszeit und nach dem Kriege schildert. Das Erreichbare ist durchgesetzt worden im Kampfe mit schlechten Berufsverhältnissen. Es sind im einzelnen nicht weniger als 217 Lohnangaben gemacht worden, deren Verteilung auf die verschiedenen Mitgliedenschaften Redner mitteilt. Der Bericht erwähnt weiter eine Reihe Vorgänge, welche der Gauvorstand zu bearbeiten hatte. Neben einem regen Briefverkehr fand die Gauarbeit ihren Niederschlag darin, daß der Gauleiter oder in manchen Fällen andere Beauftragte 116 mal in den Gauorten waren.

Dem Berichte folgte eine längere Debatte, in welcher die Verhältnisse in den Mitgliedenschaften besprochen und die Durchführung des Tarifs näher geschildert wird. In einer Resolution wird der Tätigkeit des Gauvorstandes und des Gauleiters Anerkennung gezollt. Der gedruckte vorliegende Kassenbericht wird nach mündlicher Richtigsprechung durch die Revisoren entgegengenommen.

Der Gautag wandte sich dann den Aufgaben des Verbandstages zu. In dieser Aussprache wurde ausführlicher über das Räte-system verhandelt, der Antrag, diese Frage auf die Tagesordnung des Verbandstages zu stellen, unterstützt, ein bestimmter Beschluß aber nicht gefaßt. — In der Frage des zukünftigen Verbandsbeitrages erklärt sich der Gautag für zwei Mark unter der Bedingung, dabei die gewerkschaftlichen Aufgaben besonders zu bedenken. — Die Namensänderung in: Verband graphischer Berufe wird einstimmig gutgeheißen. Bei Streik-, Aussperr- und Maßregelungsunterstützung wird allseitig den Dresdner Anträgen zugestimmt. — Auch den Dresdner Antrag auf Erhöhung der Krankenunterstützung auf zwei Mark pro Tag macht sich der Gautag zu eigen, wobei zum Ausdruck kommt, daß allermindestens der Friedenssatz wieder eingeführt werden müßte. Der Antrag Südbayern und München zur Invalidenunterstützung wird im ersten Teile, keine Zeitbegrenzung betref, angenommen, im zweiten aber abgelehnt. Der Antrag Dresden, außerberufliche Kollegen nicht in die Zentralinstanzen wählen zu lassen, wird gegen zwei Stimmen abgelehnt. Der Antrag Gau Südbayern und München zur Arbeitszeit wird im ersten Teile einstimmig unterstützt, soweit er sich aber auf die Betriebsräte bezieht, wegen Unklarheit abgelehnt. Dem Verlangen desselben Gau's, Tarifabschlüsse nur durch Urabstimmung zu verabschieden, wird ebenfalls einhellig zugestimmt. Für die Rückzahlung der Gehaltsabzüge an die Verbandsangestellten kann sich der Gautag nicht aussprechen, sondern wünscht diese Sache für abgeschlossen anzusehen. Dagegen lehnte er auch das Verlangen, die Angestellten unter eine vierzehntägige Kündigungszeit zu stellen, ab. Den Antrag, die Dienstzeit der Kriegsteilnehmer als gezahlte Beitragszeit anzurechnen, verwirft der Gautag als unmöglich, weil dadurch bedeutende Anrechte zugestanden werden ohne für deren Erfüllung Mittel zu haben. Die Durchführung würde den Verband sicher wieder in Verlegenheit und Gefahr bringen. Der Antrag Chemnitz, zur Schuldendeckung eine Extrasteuer zu erheben, verursacht eine längere Debatte über das Extrasteuerverwesen überhaupt und wird gegen sieben Stimmen abgelehnt. Über andere Anträge und über die Vorlagen der Zentralinstanzen wurde in ergiebiger Weise gesprochen, die Stellungnahme aber den Delegierten überlassen.

Zur Gautätigkeit gingen zwei Anträge ein. Einer bezog sich auf Durchführung einer weiteren Teuerungszulage und war aus der Zittauer Mitgliedenschaft eingegangen. Er wurde durch die im Gange befindlichen zentralen Verhandlungen für erledigt angesehen. Der zweite verlangte eine Erhebung über das graph. Fachschulwesen im Gau und wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Mit herzlichen Worten des Abschieds, denen allseitig zugestimmt wird, schließt Kollege Leinen den Gautag.

Streikabschluß in der Berliner chromolithographisch. Branche.

Nach der letzten Versammlung der Streikenden sind die Vertreter beider Parteien durch Vermittlung des Arbeitgebervorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft für Papierverarbeitung nochmals zu Verhandlungen zusammengetreten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde einer sehr stark besuchten Versammlung der Streikenden vorgelegt. Die Wochenlöhne sind folgendermaßen festgesetzt:

Männliche Arbeitskräfte in Lohngruppe A 97,50 M., Gruppe B 87,50 Mk., Gruppe C 75 Mk. Diese Sätze steigen ab 1. Januar auf 100 M., 90 M., 77,50 Mk. Weibliche Arbeitskräfte erhalten in denselben Gruppen 50 M., 45 M. und 42,50 M. Am 1. Januar steigen die Löhne in den Gruppen A und B auf 52,50 M. und 47,50 Mk. Für jugendliche Arbeiterinnen von 14—18 Jahren sind Wochenlöhne von 22,50 Mk. bis 35 Mk. festgesetzt. Die Akkordsätze sollen so bemessen werden, daß bei normaler Arbeitsleistung 15 Proz. mehr als im Wochenlohn verdient werden können.

Die Lohnsätze bleiben zwar hinter denen zurück, die in dem von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedsspruch vorgesehen waren, aber sie bedeuten eine bei den bisher am niedrigsten entlohnerten Arbeitskräften sehr erhebliche Verbesserung der alten Löhne. In der Versammlung wurde betont, daß der Streik sowohl in moralischer als in materieller Hinsicht einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt habe. Die einmütige Arbeitsniederlegung und das auch ebenso einmütige Aushalten im Streik haben ihren Eindruck auf die Unternehmer nicht verfehlt. Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit die Annahme der Vereinbarung, den Abschluß eines bis zum 31. März 1920 laufenden Tarifvertrages und die Wiederaufnahme der Arbeit.

Stimmungsbildchen aus der Firma H. Schött A.-G., Rheydt.

Nach siebenwöchentlichem Streik um den Tarif, nahmen am 1. September 1919, morgens 8 Uhr, die Drucker und Lithographen der Firma H. Schött die Arbeit wieder auf.

Wie nicht anders zu erwarten war, und wie sich alle denken konnten, die die Verhältnisse bei Schött kennen, wurde diese Arbeitsaufnahme durch ein gut in Szene gesetztes, flott gespieltes Theaterstückchen: »Der wilde Mann«, in welchem der Direktor der Firma, Herr Keller, die führende Rolle, die des wilden Mannes spielte, eingeleitet. Herr Keller hat, dies sei zu seiner Ehre hier gesagt, ohne Zweifel sehr viel Mühe und Fleiß auf das Einüben dieser ohnehin nicht ganz leichten Rolle verwandt, um das »Komplott« mit allen Ehren zu empfangen. Mit welchem Eifer und welcher Hingebung er diese Rolle nun spielte, können nur die beurteilen, die Augenzeuge dieser Vorstellung waren.

Wenn nun nachstehende Schilderung der Vorgänge für die »Graphische Presse« geschrieben wurde, so geschah dies lediglich aus dem Grunde, allen Lesern derselben wenigstens einen Teil des Vergnügens zu bereiten, welches die Kollegen von Schött am Morgen des 1. September in vollen Zügen genießen konnten, denn so egoistisch sind die Schött'schen Kollegen nicht veranlagt, daß sie alles Vergnügen für sich allein beanspruchen, im Gegenteil, sie sehen auch gerne, wenn andere auch mal herzhalt lachen.

Also. Gegen 9 Uhr morgens, nachdem die Kollegen kaum eine Stunde im Betrieb drinnen waren, erschalle die wohlbekannte Stimme des Herrn Keller durch die Fabrikräume und zwar hatte er sich gerade auf einen älteren Maschinenmeister gestürzt mit den Worten: »Sie sind der Hauptaufwiegler. Sie haben mir die ganzen Leute verhetzt, ich an Ihrer Stelle hätte mich geschämt, noch mal reinzukommen.« Es braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden, daß der betr. Kollege ihn darauf aufmerksam machte, daß gerade er derjenige sei, der durch seine unzeitgemäßen Machenschaften die Leute in Aufruhr hielte. Das Toben ging weiter! Nachdem der Herr Direktor die Druckerei durchquert

hatte, schoß er in der Umdruckerei auf eine Gruppe von drei Retuschdeuren los, wovon er den ersten anhrstete: »Warum haben Sie gestreikt? Sie haben nicht gestreikt wegen dem Drucker, den ich rausgeschmissen habe, sondern wegen dem Tarif. Sehen Sie sich den Mann an, der kümmert sich nicht um seine Familie, er legt die Arbeit einfach nieder und läßt seine Frau und seine Kinder hungern. (Das die Frauen und Kinder der Kollegen andauernd gehungert haben, scheint dem Herrn Direktor wohl noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, denn daß sich eine 7—8 köpfige Familie mit 40—60 Mark Wochenlohn in der heutigen teuren Zeit nicht satt essen konnte, wird doch wohl jedem Leser ohne weiteres einleuchten. In den ersten Monaten nach dem Kriege war es sogar noch bedeutend weniger.) Sofort gehen Sie auf den Kohlenhof und schieben Kohlen, hier in der Umdruckerei habe ich keine Beschäftigung mehr für Sie.« Darauf geleitete er die drei Retuschdeure bis an eine Tür, welche zum Maschinensaal führt und sagte: »Da stellt Euch hin und wartet, nein: nicht hier, da! da sollt Ihr Euch hinstellen.« (Wie auf einem alten preußischen Kasernenhof.)

Nachdem er nun die drei dahin bugsiert hatte, wohin er sie haben wollte, ging er abermals in die Umdruckerei, wo er gerade einen alten Umdrucker dabei erwischte, wie derselbe die Totsünde beging und einen Aitznapf, welcher wohl während der sieben Wochen Streik noch nicht gereinigt worden war, reinigte. »Was machen Sie denn da? Sie haben wohl nichts anderes zu tun, Sie alter Esel.« »Was!« sagte der Kollege, »wenn Sie das noch mal sagen, schlage ich Ihnen mit dem Aitznapf den Schädel ein.« Darauf machte der Herr Direktor einen Zurückschieber, sagte aber noch zu dem Kollegen: »Nachher kommen Sie mal zum Portier, denn das ist ja doch wieder ein Grund zum Streiken.«

Jetzt sah er gerade, wie einer von den drei an die Tür gestellten Retuschdeuren dem zweiten Vorsitzenden — einem Maschinenmeister — winkte, und sofort kaste er diese neue Beute mit den Worten an: »Das muß mir aufhören, diese Wühlerei« und zum Betriebsleiter gewandt, »beim Geringsten, was sich der Mann zuschulden kommen läßt, fliegt er raus.«

Hierauf dirigierte er einen von den Retuschdeuren in die Kartonnage, den zweiten an einen Kalandar und den dritten in den Kohlenhof mit der Bemerkung: »Das ist auch einer von den Faulenzern, die nicht arbeiten wollen.«

Gleich darauf war nun das verabredete Rendezvous zwischen dem alten Umdrucker und Herrn Keller, bei welcher Gelegenheit sich letzterer mit den Worten zu entschuldigen suchte: »Das war von mir eben nicht so gemeint, das »Alter Esel«, ich war zu sehr aufgeregt, aber wenn Sie mir den Schädel noch einschlagen wollen, so können Sie das noch machen, dann komme ich wenigstens aus dem verd. . . . Nest heraus. (Als ob es keinen anderen Weg gäbe, aus Rheydt herauszukommen.)

Mittlerweile nun erinnerte er sich auch wieder des Kohlenstiebers, den er zu sich rief und ihm sagte: »Gehen Sie jetzt wieder an ihre alte Arbeit und hören Sie hier auf, es ist jetzt wieder gut. Das sollte keine Strafe für Sie sein, (vielleicht eine Ehrung) ich wollte den Leuten nur mal zeigen, daß ich auch noch was zu sagen habe.« (Eine recht traurige Art und Weise, dies zum Ausdruck zu bringen). Damit hatte nun dieser hochdramatische Akt einen gewissen Abschluß gefunden. Ob noch weitere im Spielplan vorgesehen sind, muß abgewartet werden.

Wie nun aus Vorstehendem ersichtlich, wurde Herr Keller seiner Aufgabe gemäß seiner Rolle »der wilde Mann« in allen Teilen vollkommen gerecht und die Auffassung aller derer, welche Gelegenheit hatten, sein hervorragendes Können auf diesem Gebiete bewundern zu können, dürfte wohl dahin übereinstimmen, daß ein solches Talent entschieden zu schade für eine lithographische Kunstanstalt ist und es wird Herrn Keller aus diesen Gründen ein Engagement an einer großstädtischen Operettenbühne aufs allerwärmste empfohlen.

Sollte es nun in den weiten deutschen Gau'n trotz alledem noch Kollegen geben, welche einer solchen guten Vorstellung mal gerne beiwohnen möchten, so werden dieselben gebeten, sich rechtzeitig gute Plätze zu sichern, da in der Regel vor ausverkauftem Hause gesnielt wird.

Ortsberichte.

Dresden. Versammlung aller Filialen. In der am 14. Oktober stattgefundenen Versammlung berichtete Kollege Pritschow über die wesentlichsten Punkte der Gautagsitzung. Dabei interessiert der Entschluß des Gautages, einer Beitragserhöhung auf 2,— Mk. zuzustimmen. In der Aussprache empfiehlt auch Kollege Kirchner die Beitragserhöhung auf 2,— Mk., will das Mehr aber zu Kampfzwecken verwendet wissen und weist auf eine vorteilhafte Kranken-Hilfskasse hin, in welche die Kollegen eintreten sollten. Er geht dann auf den Industrieverband ein und besdwert sich, daß darüber noch keine Versammlung stattgefunden habe. Des weiteren erläuterte er das revolutionäre Räte-system und hält seine Einführung für notwendig. Kollege Pritschow befürwortet ebenfalls ein möglichst fortschrittliches Räte-system, das sich auf dem

Grundsatz der sozialen Demokratie aufbauen müsse. Er weist darauf hin, daß eine Versammlung über den Industrieverband nächsten stattfindet, veranstaltet vom graphischen Kartell Dresden. Kollege Hickmann tritt mit Heftigkeit den Ausführungen des Kollegen Kirdner entgegen, erklärt die Haltung der Regierung als ein Übergangsstadium. Wenn sich die Arbeiter die nötige Aufklärung aneigneten, würden wir ein vernünftiges Räteystem erhalten. Kollege Schäfer, Lichtdrucker ist für Abbau der Unterstützungen. Einige andere Kollegen möchten eine höhere Streikunterstützung, das Erscheinen der »Graph. Rundschau« und Beseitigung der Unorganisierten in einigen Geschäften. Auf das letztere Verlangen erklärt Kollege Lorenz vom Gauvorstand, daß schon Schritte unternommen wurden, die Abstellung aber immer durch den angebliebenen Zeitmangel des Unternehmer-Kreisverreters verzögert worden sei. Daraufhin teilt Koll. Pritschow mit, daß deswegen und auch wegen der Verschleppung der Lohnregulierung Kollege Leinen beauftragt wurde, auf dem gegenwärtig tagenden Tarifamt Beschwerde zu erheben. Kollege Schröder bat dann die Versammlung um ihre Zustimmung, daß die Dresdener Delegierten auf dem Verbandstag folgendem Wunsch zur Annahme verhelfen sollten: Berichte, Denkschriften und größere Drucksachen sollen nur zur Hälfte der Mitgliederzahl hergestellt werden und den Kollegen, welche Interesse daran haben, zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Die Kollegen erklärten sich damit einverstanden. Als Abgeordnete zum Verbandstag wurden gewählt Kollege Pritschow, Lithogr., mit 198, Kirdner, Steindr., mit 173, Teichert-Niedersedlitz, Steindr., mit 163, Schäfer, Chemigr., mit 150 Stimmen. Diese sind somit gewählt. Weiter erhielten noch Schwiebus, Lichtdr., 97 und Heinrich, Chemigr., 87 Stimmen.

22. Juni beginnt, die Differenz bis zur Erreichung des Mindestlohnes plus der entsprechenden Teuerungszulage für sämtliche Wochen nachzuzahlen. Für die vorhergehende Zeit, vom 31. März bis 21. Juni, sind unter Berücksichtigung der ab 31. März gezahlten Löhne die entsprechenden Teuerungszulagen nachzuzahlen. Die einzelnen Lohnsätze können bei der Verschiedenartigkeit derselben hier nicht festgehalten werden, diese müssen sich die einzelnen Beschäftigten an Hand des Tarifes (siehe vorige Nummer) selbst berechnen. Wo diese Zahlungen verweigert werden, wolle man sich an den Vertrauensmann, wo solcher nicht vorhanden, direkt an die Verwaltung wenden, ohne sich auf persönliche Auseinandersetzungen einzulassen. Alle persönlichen Schärren sind im Interesse beider Teile zu vermeiden, um die Durchführung des Tarifes auf friedlichem Wege zu erreichen. Erst wenn das Tarifamt entschieden hat und dann dessen Entscheidung nicht erfüllt wird, sind schärfere Maßnahmen, jedoch nur mit Einverständnis der Organisation, zulässig.

Die Tapetenbranche.

Der Tarifabschluß im Formstechergewerbe.

Am 19. Oktober haben in Hannover die Tarifverhandlungen für unsere Branche stattgefunden. Es nahmen daran teil von seiten der Unternehmer die Herren: Hiedemann und Weyer-Cöln, Woelke-Harburg, Oschmann-Hannover, Schreier und Lampe-Hildesheim, Klau-Berlin und Saalfeld-Einbeck. Von seiten der Gehilfen die Kollegen: Haß, Brinkmann, Ernstberger, Schubart-Berlin, Wett-Coswig, Kühl-Hildesheim und Rebholz-Cöln.

Die Verhandlungen begannen vormittags 9 1/2 Uhr. Waren bei den letzten Verhandlungen im Mai dieses Jahres nur Vereinbarungen über die notwendigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffen worden, so galt es diesmal einen Tarifvertrag auszuarbeiten, der hoffentlich für eine längere Zeit für das Gewerbe Geltung haben wird.

Als Unterlage galt der von der Zentralkommission ausgearbeitete Tarifentwurf, der von der Branchenkonferenz am 18. Oktober um ein wesentliches ergänzt worden war. Die Kernpunkte, um die dementsprechend auch am heftigsten gekämpft wurde, bildeten die von der Gehilfenschaft geforderte Einführung der wöchentlichen Arbeitszeit von 46 Stunden und die Erhöhung des Lohnes und Umrechnung des Stundenlohnes in Wochenlöhne.

Über alle anderen Punkte mit Ausnahme der Bestimmungen über die Funktionen der Vertrauensleute, wurde bald eine Verständigung gefunden. Bei der Arbeitszeit ist es uns leider nicht gelungen, eine weitere Verkürzung als die gesetzlich achtstündige zu erreichen, nur ist der Erfolg erzielt worden, daß an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr die Arbeitszeit eine sechsstündige bei voller Bezahlung der achtstündigen ist. Bei der Lohnfrage hatten unsere Unterhändler die Aufgabe, die von der Konferenz aufgestellten Forderungen zu vertreten. Dieselben lauteten:

im ersten Jahr nach Vollendung der Lehrzeit 90 Mk.
 „ zweiten „ „ „ „ 100 „
 sodann bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres 115 Mk. pro Woche.

Ferner sollte allen Gehilfen über 20 Jahre eine Lohnzulage von 44 Mk. pro Woche zuteil werden. Erreicht wurde: für Gehilfen im ersten Jahr nach Beendigung der Lehrzeit 1,60 Mk.
 „ zweiten „ „ „ „ 1,80 „
 „ dritten „ „ „ „ „ 2,- „
 vom 21. bis 24. Lebensjahre „ „ 2,20 „
 u. darüber für alle Gehilf. ein Stundenlohn v. 2,50 „

Alle Hilfsarbeiter bekommen eine Lohnzulage von 20 Prozent und darf die Differenz des dem Hilfsarbeiter zu zahlenden Lohnes dem Alter der Gehilfen entsprechend im Höchstfalle 15 Prozent betragen.

Bei Behandlung der Überstunden wurde im großen und ganzen dem Antrage der Gehilfen entsprochen und wurde als Entschädigung festgesetzt: für die erste und zweite Überstunde 25, für die weiteren 50 und für Sonn- und Feiertagsarbeit 75 Prozent Aufschlag pro Stunde.

In der Ferienfrage wurde folgendes bestimmt: Jeder der länger als ein Jahr im Betrieb beschäftigt ist, hat Anspruch auf drei Arbeitstage Ferien. Mit jedem weiteren Jahr der Tätigkeit verlängert sich der Urlaub um einen Tag bis zur Höchstdauer von 6 Arbeitstagen.

In der Lehrlingsfrage wurde ebenfalls der Gehilfenantrag nur mit der Änderung angenommen, daß die Lehrzeit nicht drei, sondern dreieinhalb Jahre dauern soll. Als Entschädigung ist zu gewähren:

im ersten Jahr 12,- Mk.
 „ zweiten „ 16,- „
 „ dritten „ 20,- „ und
 im letzten halben Jahr 24,- „ pro Woche.

Heimarbeit: Hier bleibt es bei dem bisherigen Zustand und ist dementsprechend jegliche Art Heimarbeit strengstens untersagt.

Werkzeug: Der Arbeitgeber hat künftig zu liefern: Leeren, Feilen und Füselzangen. Für die Abnutzung des eigenen Werkzeuges wird dem Messingstecher eine Entschädigung von 1,- Mk. und dem Holzstecher eine solche von 2,50 Mk. pro Monat gezahlt.

Die Bestimmungen des Arbeitsnachweises wurden in vollem Umfang anerkannt, desgleichen die zwei ersten Absätze, die die Wahl, sowie die Rechte der Vertrauensleute behandeln.

Die im einzelnen angeführten Ausführungsbestimmungen wünschten die Unternehmer nicht im Verträge mit aufgenommen, trotzdem sie im allgemeinen gegen deren Inhalt nichts einzuwenden hatten. Sie haben aber nichts dagegen, wenn wir dieselben unseren Kollegen als Anleitung mit auf den Weg geben. Wir werden dieselben nunmehr als Anhang dem Tarif beifügen und hoffen, daß alle Kollegen dieselben eifrigst studieren und so ein jeder zur positiven Mitarbeit zum Wohle des ganzen Berufes daraus die Nutzenwendung ziehen möge.

Die Gültigkeitsdauer des Tarifes ist zunächst mit der Einschränkung auf ein Jahr festgesetzt, daß, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern sollten, die Möglichkeit gegeben ist, nach sechs Monaten in eine Revision der Lohnverhältnisse einzutreten. Desgleichen haben die Bestimmungen über den Organisationszwang einstimmig Annahme gefunden. Dementsprechend dürfen ab 1. November bei den im Deutschen Formstechereisitzer-Verband organisierten Prinzipalen nur noch die im Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe organisierten Formstecher beschäftigt werden.

Beschlossen wurde ferner, beim Reichsarbeitsamt die Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrages zu beantragen. In später Abendstunde erreichten die Verhandlungen ihr Ende.

Wenn wir das Resultat der Verhandlungen vom Gesichtspunkt der Gehilfen an dieser Stelle noch einmal zum Ausdruck bringen wollen, so stehe ich nicht an, frei und offen zu erklären, daß wir mit dem Erreichten zufrieden sein können, wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt werden konnten. Wir wollen aber doch gern eingestehen, daß das, was im Bereich des Möglichen lag, erreicht wurde. Möge die gesamte Kollegenschaft aus der vollbrachten Arbeit ersehen, welch gewaltiger Faktor eine gutgeleitete und große Organisation dem Einzelnen im heutigen außerordentlich schweren wirtschaftlichen Kampfe ist. Jeder Einzelne muß hieraus die Lehre ziehen, daß die heutigen gewerkschaftlichen Organisationen keine überlebten Gebilde sind, sondern erst jetzt, nachdem die Novemberstürme alle Fesseln des Koalitionsrechtes hinweggefegt haben, voll und ganz zur Geltung kommen können. Darum muß es auch für jeden Formstecher Ehrenpflicht sein, seiner Organisation, der er so vieles zu verdanken hat, immer die Treue zu bewahren.

C. Schubart.

Photogr. Mitarbeiter.

Teuerungszulagen in der Photographisch. Kunstdruckindustrie.

Gemäß Beschluß des Tarifamtes vom 21. Oktober treten für die in den Berliner Bromsilber-Betrieben (Photographische Kunstdruckindustrie) beschäftigten Gehilfen und Gehilfinnen, beginnend mit der Lohnwoche, in die der 1. November fällt, und endigend mit der Lohnwoche, in die der 30. April 1920 fällt, folgende erneute wöchentliche Teuerungszulagen in Kraft:

von 18 bis 21 Jahre männl. 15 Mk., weibl. 10 Mk.
 über 21 bis 24 Jahre männl. 20 Mk., weibl. 12 Mk.
 über 24 Jahre männl. 25 Mk., weibl. 14 Mk.

Damit beträgt der Mindestlohn der zurzeit in der Bromsilberbranche Beschäftigten in Groß-Berlin im ersten Jahr nach der Lehre männliche 97 Mk., weibliche 72 Mk.,

im zweiten Jahr nach der Lehre männliche 100 Mk., weibliche 75 Mk.,

dann bis zum 21. Jahre männliche 107,50 Mk., weibliche 82,50 Mk.,

über 21—24 Jahre männl. 112,50 Mk., weibl. 84,50 Mk.,

über 24 Jahre männliche 125 Mk., weibliche 92,50 Mk.

Es ist darauf zu achten daß überall dieser Lohn gezahlt wird.

Zum Berliner Innungstarif.

Für die Durchführung des Berliner Innungstarifes ergeben sich aus der Verzögerung des Abschlusses und durch die Renitenz einer Anzahl Prinzipale zunächst noch Schwierigkeiten, die sich hoffentlich durch das Wirken des Tarifamtes bald beseitigen lassen. Diese Firmen wollen die Teuerungszulagen, wie sie der Tarif vorschreibt, ab 31. März nicht nachzahlen. Sie geben an, den Tarif nicht zu kennen, obschon ihnen dieser Mitte Juni bereits von der Zwangsinnung zugestellt wurde. Da die Innungsversammlung am 19. Juni definitiv dem materiellen Abschluß des Tarifes zustimmte, ist von der Woche ab, die mit dem

Suche sofort einen
Kupferdrucker
 für einfarbige Radierung in dauernde Stellung nach Garmisch-Partenkirchen. Bitte Bewerber um Angabe der Gehaltsansprüche und der von ihm gedruckten Arbeiten.
Paul Geissler,
 Garmisch-Partenkirchen in Oberbayern, Tannackerstraße 55 K.

Mehrere tüchtige
Messingstecher
 werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.
 C. Schubert, Berlin-Lichtenberg Rittergutsstr. 24.
 Verschiedenes
Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstattausbildung. Auskünfte durch die Barmen Kunstgewerbeschule.
 INSERATE sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition zu senden.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Hautkann vestios verbraucht werden.
 „Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummikleben. stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.
 „Enoldin“ Druckpaste — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papier
 „Enol“ Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck
 „Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, mild im Geruch, und nicht feuergefährlich.
 H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49. Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

ZINKDRUCKPLATTEN
 Ia. Zinkätz. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN S. O. 36, Wiener Straße 6
 Fernruf: Moritzplatz 12289.

Der praktische Umdrucker.
 Von Bernh. Enders. Inkl. Porto 1,15 Mk. Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig.